

200 170

140

DIN 19 051

120

**WILLY BRANDT**

*Programmatische Grundlagen  
des demokratischen Sozialismus*

**Cp**

28713

Sozialdemokratische Partei  
Deutschlands  
Partei Vorstand  
Bibliothek

WILLY BRANDT

## Programmatische Grundlagen des demokratischen Sozialismus

Rede auf dem 6. Landesparteitag der Berliner SPD am 8. Mai 1949

A28713

Friedrich-Ebert-Stiftung  
Bibliothek

Durch die Geschichte der Menschheit zieht sich ein roter Faden der Freiheitskämpfe. Das freiheitliche Ringen in unserer Zeit steht im Zeichen der Behauptung des Menschen gegenüber politischen und wirtschaftlichen Machtzusammenballungen, die den Bestand unserer Zivilisation in Frage stellen. Der Mensch steht im Mittelpunkt jenes Systems von Vorstellungen über eine Neugestaltung der gesellschaftlichen, nationalen und internationalen Verhältnisse, die wir demokratischen Sozialismus nennen. Um des Menschen willen bemühen wir uns um die Beantwortung der zentralen Fragen dieser Epoche. Sie lauten: Wie können die gewaltigen wissenschaftlichen und technischen Errungenschaften dem Fortschritt, der Kultur, dem Wohlstand dienstbar gemacht werden? Auf welche Weise können wir ein neues Verhältnis erreichen zwischen dem gesunden Eigenleben der Völker und den Erfordernissen kontinentaler und interkontinentaler Räume? Und vor allem: Wie finden wir die Synthese von Freiheit und Ordnung, den Ausgleich zwischen den unveräußerlichen Persönlichkeitswerten und der abschwächbaren, aber kaum aufhebbaren Tendenz zum Kollektivismus?

Mehrere Katastrophen haben in der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts zur unwiderruflichen Entscheidung gegen die alte Ordnung auf wirtschaftlichem, gesellschaftlichem und zwischenstaatlichem Gebiet geführt. Zwischen den beiden Weltkriegen lag die große Wirtschaftskrise und das Aufkommen der totalitären Regime. Der zweite Weltkrieg hat der Technik und der Entfaltung neuer Wirtschaftsformen weitere Auftriebe gegeben, aber er hat die revolutionäre Krise der letzten Jahrzehnte nicht zum Abschluß gebracht. Diese Krise zum Wohle der Menschheit zum positiven Abschluß zu bringen, ist die geschichtliche Aufgabe des demokratischen Sozialismus.

Grundsatzfragen können nur dann geklärt werden, wenn man sich über gewisse Begriffsbestimmungen verständigt. Sonst redet man aneinander vorbei. Es scheint leider nichts daran zu ändern zu sein, daß gewisse Leute ein Vergnügen daran finden, sich Vogelscheuchen zurechtzumachen, denen sie das Plakat „Sozialismus“ um den Hals hängen. Sie treten damit in die Fußspuren derer, die den Sozialdemokraten zu früheren Zeiten andichten wollten, sie beabsichtigten, die Frauen zu sozialisieren und dem Bauern die letzte Kuh aus dem Stall zu holen. Mit offenbaren Böswilligkeiten und dem bewußten Appell an die Dummheit wollen wir uns jedoch nicht auseinandersetzen.

Wir sollten auch über das Stadium hinausgelangt sein, in dem man meinte, gewisse Vorstellungen seien schon darum richtig, weil sie irgendwo geschrieben sind. Wer mit den Problemen unserer Zeit fertig werden will, sollte die Zitatebibel zu Hause lassen und statt dessen das Buch des lebendigen Geschehens studieren. Er sollte es im Geiste des echten Radikalismus tun, der darin besteht, die Wirklichkeit zu erkennen und aus ihr die Konsequenzen zu ziehen. Wer immer nur rückwärts schaut, ist alles mögliche, nur nicht radikal.

Bei der Neubegründung unserer Partei wurde festgestellt, daß es keinen Sozialismus ohne Demokratie und ohne Menschlichkeit gibt. Das war eine eindeutige Willens-

Alle Rechte, besonders die des Nachdrucks, der Übersetzung, auch auszugsweise, vorbehalten.  
Druck: Berlin-Grünwald, Bismarckplatz · Printed in Germany

PV 11728

äußerung unsererseits. Wir wissen, daß es in der Vergangenheit sozialistische Gedankensysteme, autoritäre und antiautoritäre, gegeben hat, die nicht demokratisch waren. Zweitens wissen wir, daß es in unserer Zeit Regime gibt, die sich zwar sozialistisch nennen, mit denen wir aber nicht in einem Atemzug genannt, geschweige denn identifiziert werden wollen. Darum sprechen wir nicht vom Sozialismus schlechthin, sondern vom demokratischen Sozialismus. In ihm vereinigen sich die Ideen der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Ebenbürtigkeit. Die Sozialdemokratische Partei ist Trägerin der Vereinigung dieser Ideen in unserem Land. Damit ist nicht gesagt, daß es nicht auch noch Reservaten des demokratischen Sozialismus außerhalb der Reihen unserer Partei geben könnte.

Ein Programm ist eine Zusammenfassung von Zielen. Dabei kann es sich um Nahziele handeln, die sich eine politische Partei für eine Periode von wenigen Jahren stellt. Dann sprechen wir von einem Aktionsprogramm, das auch als Wahlprogramm präsentiert werden kann und möglichst mit dem übereinstimmen sollte, was die zum Zuge kommende Partei zum Regierungsprogramm erhebt. Wo es sich um mehr als eine reine Interessvertretung handelt, werden die Nahziele mit Fernzielen verbunden sein. Eine Zusammenfassung solcher über die nächsten Jahre hinausreichenden Ziele und ihrer ideenmäßigen Begründung nennen wir ein prinzipielles, ein grundsätzliches Programm.

Wohlgemerkt: Wir sprechen von Prinzipien und nicht von Dogmen, nicht von religiösen Glaubenssätzen. Grundsätze fußen zumeist auf ethischen Vorstellungen und auf wissenschaftlichen Erkenntnissen. Die letzteren ändern sich darum, weil die Summe der gewonnenen Erkenntnisse dauernd wächst. Aus diesem Grunde ist es widersinnig, ein Programm mit dem Anspruch wissenschaftlicher Vollkommenheit aufstellen zu wollen. Bereits im Stadium seiner Formulierung liefe ein solches Programm Gefahr, überholt zu werden. Damit will ich keineswegs gesagt haben, daß wir auf die präzise Formulierung unserer Ziele und Grundsätze verzichten sollten. An dem Aktionsprogramm für Freiheit und Aufbau, mit dem die deutsche Sozialdemokratie zum ersten überzonalen Wahlkampf anzutreten hat, wird gegenwärtig gearbeitet. Die Diskussionen über ein prinzipielles Programm befinden sich noch im Stadium der vorbereitenden Klärung. Die auf dem Hannoverischen Parteitag im Mai 1946 beschlossene Prinzipienklärung reicht auf die Dauer kaum aus.

Die Programmdebatte, in deren erster Phase wir uns befinden, wird zu keinem raschen Ergebnis und niemals zu einem endgültigen Abschluß führen können. Unsere Bewegung verfügt unabhängig davon jedenfalls über eine solide Basis gemeinsamer Überzeugungen. Zugleich erinnern wir uns jenes Satzes, der gestern Motto unserer Tagung war und der da lautet, daß jeder Schritt wirklicher Bewegung wichtiger sei als ein Dutzend Programme. Vielleicht darf man sogar sagen: eine Partei kann mit einem ausgezeichneten Programm eine miserable Politik machen oder gar zugrundegehen. Umgekehrt soll es vorgekommen sein, daß Parteien ohne ein bis ins Letzte ausgefeiltes und wissenschaftlich begründetes Programm Respektables geleistet haben. Wir brauchen formulierte Grundsätze, an denen wir unsere Tagespolitik orientieren und an die wir die hoffentlich nie erlahmende geistige Auseinandersetzung in unseren Reihen anknüpfen können. Was wir demüthigen nicht brauchen können, ist, um mit Wilhelm Liebknecht zu sprechen, „ein papierner Papst in Gestalt eines unfehlbaren Programms“. Rückschauend sollten wir uns zunächst einen Augenblick mit den früheren programmatischen Grundlagen unserer gewiß neu begründeten, aber in sich alles wertvoll Überkommene aufnehmenden Bewegung befassen. Dazu ein freundschaftliches Wort an alle Jungen und Neuen in unseren Reihen: Wie verändert die Verhältnisse auch sein mögen, wie fremd euch die Sprache manchmal anmuten mag, ihr solltet dennoch nicht darauf verzichten, das Kommunistische Manifest und das Arbeiterprogramm mit kritischem Verstand zu lesen und euch mit dem Erfurter Programm von 1891 und dem Heidelberger Programm von 1925 vertraut zu machen. Diese und ähnliche Schriften werden euch nicht nur den Kontakt mit der Geschichte sozialistischen Denkens vermitteln, sondern auch wertvolle Anhaltspunkte für die Bestimmung des neuen Standorts geben. Neu orientieren

in der Landschaft kann sich nur, wer Boden unter den Füßen hat. Mäandern unserer Gegner könnte es übrigens auch nichts schaden, mit den Quellen Bekanntschaft zu machen, statt unausgesetzt dummes Zeug über den „totalitären Marxismus“ oder die „materialistische Sozialdemokratie“ nadzureden. Bei einigen dieser Gegner handelt es sich allerdings weniger um Unwissenheit als um gewissenlose Ausnutzung von Zwangsvorstellungen, die von den Nazis großgezüchtet worden sind.

In der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts standen, wie Sie alle wissen, an der Wiege der sozialistischen Bewegung; die — übrigens nicht immer zu recht gering-schätzig — „utopistisch“ genannten Anschauungen, die der sozialen Ungerechtigkeit durch Appelle an die Vernunft und die Moral zu Leibe rücken wollten. Zur gleichen Zeit entfaltete sich die erste spontane Arbeiterbewegung gegen die Exzesse der industriellen Revolution. Für diese Arbeiterbewegung bedeuteten die Theorien von Marx und Engels in einer Reihe von Ländern, darunter dem unsrigen, einen bestimmten Halt. Diese Theorien waren nicht die erste Phase sozialistischen Denkens und konnten nicht die letzte sein, wohl aber spielten sie eine entscheidende, nicht mehr wegzudenkende Rolle. Das gilt insbesondere für die Analyse der kapitalistischen Wirtschaft und Gesellschaft und für die Aufdeckung ihrer Entwicklungsetzungen. Damit erhielt auch die Geschichtsforschung wesentliche Impulse, die längst wissenschaftliches Allgemeingut geworden sind.

Im Vordergrund stand damals die Tatsache der Ausbeutung des Lohnarbeiters, die Tendenz zur Polarisierung der Gesellschaft, der sich verschärfende Gegensatz der Klassen. Es ist jedoch ein augemachter Blödsinn, wenn man mit der Behauptung krähen geht, Karl Marx habe den Klassenkampf erfunden. Er hat sich im Gegenteil bemüht, Wege zu seiner Überwindung aufzuzeigen. Unsinn ist es auch, wenn man mit Hinweisen auf die Frühzeit der Arbeiterbewegung einen Gegensatz zwischen Sozialismus und Freiheit konstruieren will. Der Mensch stand auch damals im Mittelpunkt der sozialistischen Theorie. Die Freiheit der Persönlichkeit und alles andere, was von den Totalitären heute mit Füßen getreten wird, gehört sozusagen zur sozialistischen Erbmasse.

Die Arbeiterbewegung des vorigen Jahrhunderts entfaltete sich auf der Ideengrundlage der französischen Revolution. Ihre Vorkämpfer standen auf den Barrikaden des Jahres 1848. Die Sozialdemokratie August Bebel's mußte der demokratischen Mitbestimmung in unserem Lande in harten Wahlrechtskämpfen den Weg ebnen. Es ging um den Freiheitsanspruch der Vielen gegenüber dem Vorrecht der Wenigen. Vor der Vergessenheit sollte auch die andere Tatsache bewahrt bleiben, daß in der aufsteigenden sozialistischen Arbeiterbewegung infolge der gesellschaftlichen Verhältnisse und des vorherrschenden naturwissenschaftlichen Denkens wohl eine besonders starke Betonung der wissenschaftlichen Faktoren, niemals aber eine Verkennung der grundlegenden moralischen Werte zu verzeichnen war. In den Statuten der I. Internationale wurde allen ihren Sektionen im Jahre 1864 auferlegt, sie sollten Wahrheit, Gerechtigkeit und Sittlichkeit als Regeln ihres Verhaltens anerkennen — zu allen Menschen, ohne Rücksicht auf Farbe, Glaube oder Nationalität. Gefordert wurde eine auswärtige Politik, in der die einfachen Gesetze der Moral und des Rechts, die die Beziehungen von Privatpersonen regeln sollten, als die obersten Gesetze des Verkehrs der Nationen untereinander zu gelten hätten.

Von den ersten Programmen Marxens, Lassalles und Bebel's an finden wir die Forderung nach Beseitigung der Klassenrechte und aller Vorrechte überhaupt. Anknüpfend daran stellte das Heidelberger Programm fest, die Sozialdemokratie bekämpfe nicht bloß die Unterdrückung der Lohnarbeiter, „sondern die Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen ein Volk, eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse“. In der Hannoverischen Prinzipienklärung brauchten wir diese Forderung nur aufzugreifen.

Wir können uns darum stolz auf den Ausgangspunkt der sozialistischen Bewegung berufen und werden uns davon am allerwenigsten durch diejenigen abbringen lassen,

deren Handeln im schreienden Widerspruch zu den Erkenntnissen und Geboten derer steht, auf die sie sich noch immer in unverborener Weise berufen. Aber da wir wissen, daß es eine letzte Phase der Erkenntnis nicht gibt, werden wir nicht bei der Konservierung überlieferter Theorien und bei der Anwendung ihrer erprobten Bestandteile auf die neue Wirklichkeit stehenbleiben können.

Wir werden uns auch mit der Theorie selbst kritisch auseinandersetzen haben. In der Politik ist nämlich nicht nur die Landkarte, sondern bis zu einem gewissen Grade auch der Kompaß, dem Gesetz der Veränderung unterworfen. Gar nichts wäre dadurch gewonnen, den einen „-ismus“ durch den anderen zu ersetzen. Es geht nicht um Abweichungen nach links oder rechts, es geht vielmehr um den Weg nach vorn.

Das Heidelberg Programm ging von der Tatsache des kapitalistischen Großbetriebes aus. Auch heute haben wir uns mit ihm, dem kapitalistischen Großbetrieb, als einer der weiterhin entscheidenden Kategorien auseinanderzusetzen. Noch wichtiger scheint mir aber nach den Erfahrungen der letzten Jahrzehnte die politische Auseinandersetzung mit den neueren Erscheinungsformen staatlicher Allgewalt. Selbst auf der wirtschaftlichen Ebene wird die Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit in immer stärkerem Maße durch neue Formen staatlicher Lenkung beeinflusst. Der Gegensatz zwischen verschiedenen Klassen wird dadurch nicht aufgehoben. Seit Kriegsende haben wir ja gerade in Deutschland einen massiven Klassenkampf von oben erlebt. Wir sollten uns aber darüber im klaren sein, daß der Widerstand auf der rein klassenmäßigen Ebene heutzutage nicht mehr ausreicht. Die Ziele der sozialistischen Bewegung können nur erreicht werden, wenn wir ihnen auf der nationalen- und übernationalen Ebene zum wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Sieg verhelfen.

Es ist eine mehr als primitive Geschichtsschreibung, die den Faschismus einzig und allein als „Diktatur des Monopolkapitals“ erklären wollte. Umgekehrt ist es allzu billig, das sowjetrussische System lediglich als Ausgeburt „bolschewistischer Teufelei“ hinzustellen und den ökonomischen Zwang sowie die klassenmäßigen Bedingungen zu ignorieren, die der dortigen Entwicklung in entscheidendem Maße den Stempel aufgedrückt haben. In beiden Fällen haben wir aber, beim Faschismus wie beim Bolschewismus, das Heranwachen einer neuen herrschenden Schicht beobachten können, wobei hier völlig unerörtert bleiben soll, ob es sich um eine neue Klassenherrschaft im modernen Sinne handelt oder ob nicht wesentliche Berührungspunkte mit gewissen antiken Herrschaftsformen festzustellen sind.

Jedenfalls haben wir es in den totalitären Staaten mit einem starken und wachsenden Einfluß der Bürokratie im weitesten Sinne des Wortes zu tun. Die Rolle der nicht nur verwaltungsmäßigen, sondern vor allem auch der wirtschaftlichen Bürokraten, der „Manager“, tritt auch in den nichttotalitären Staaten immer stärker in Erscheinung. Wir haben es mit einem Resultat der sich immer mehr erweiternden öffentlichen Verwaltungsfunktionen und des sich immer mehr komplizierenden Wirtschaftsablaufes zu tun. Pessimisten haben daraus die Folgerung abgeleitet, daß uns nur noch die Wahl zwischen Sklavenstaaten verschiedener Couleur bleibt. Wir lehnen diese Folgerung ab. Aber wir wissen zugleich, daß sie eine Tendenz ausdrückt, mit der wir uns ernsthaft zu beschäftigen haben. Mit dem einfachen Kampf gegen die Bürokratie ist ebensowenig gewonnen wie seinerzeit mit der Maschinenstürmerei. Verwaltungs-, Leitungs- und Überwachungsfunktionen sind gesellschaftlich notwendige Aufgaben. Worum wir zu wachen haben, ist, daß sie nicht zu gesellschaftsbeherrschenden Funktionen werden. Also nicht: Kampf den Verwaltern in Staat und Wirtschaft, aber: Wachsamkeit und, wo immer erforderlich, schärfster Kampf gegen Bürokraten, die von ihren Mitbürgern nicht nur auf den Schülern getragen werden wollen, sondern ihnen zum Dank dafür auch noch auf den Kopf spurken möchten.

Die Klassenentwicklung hat sich anders vollzogen, als vor hundert Jahren angenommen werden konnte. Noch in Heidelberg hieß es, daß die Zahl der Proletarier immer größer werde. Und heute haben wir uns gelegentlich mit der Behauptung aus-

einanderzusetzen, das Proletariat umfasse 90 Prozent unserer Bevölkerung. Diese Art von Klassenanalyse hat weder soziologisches noch politisches, sondern im besten Fall statistisches Interesse. Tatsache ist seit langem, daß die eigentliche Arbeiterklasse infolge der technischen Entwicklung zahlenmäßig stagniert oder prozentual sogar zurückgeht.

Ebenso wichtig ist die andere Erscheinung, daß innerhalb der Arbeiterschaft verschiedene Kategorien erkennbar geworden sind. Jeder erfahrene Gewerkschafter weiß, daß er mit dem Mythos von der Einheit der proletarischen Interessen allein nicht auskommt, wenn es sich darum handelt, Gruppeninteressen mit dem Gesamtinteresse der Arbeitenden in Einklang zu bringen. Das ändert nichts daran, daß der Industriearbeiterschaft infolge ihrer Stellung im Produktionsprozeß weiterhin eine zentrale Bedeutung im sozialen Prozeß zukommt. Das gilt in besonders hohem Maße für jene am besten geschulten und ausgebildeten Schichten, die keineswegs der Meinung sind, sie hätten nichts zu verlieren als ihre Ketten. Gewiß, wir haben alle noch frisch in Erinnerung, wie rasch Motorboot und Sparkassenbuch verlorengehen können, aber wir wissen auch, daß sie im Verlauf einer nationalen Katastrophe verlöreingehen, die ihre Opfer nicht nach der Klassenzugehörigkeit ausgesucht hat.

Das Erfurter Programm sprach vom „naturnotwendigen“ Untergang des Kleinbetriebes. In Heidelberg 1925 nahm man zur Kenntnis, daß sich diese Tendenz in bezug auf die Landwirtschaft jedenfalls nicht durchgesetzt hatte. Auch die städtischen Mittelschichten haben sich trotz des sich immer wiederholenden Absinkens bestimmter Gruppen in erstaunlichem Maße behauptet. Es hat sich nicht bewahrheitet, daß der Kleinbetrieb unter allen Umständen und auf allen Gebieten gegenüber dem Mammutbetrieb unterlegen sein muß. Wir haben in der Hannoverischen Prinzipienklärung die Konsequenz daraus gezogen und erklärt, daß der Klein- und Mittelbetrieb in Landwirtschaft, Handwerk, Gewerbe und Handel in der von uns angestrebten Ordnung wichtige Aufgaben zu erfüllen habe und sich innerhalb der Grenzen der sozialen Wirtschaftspolitik entfalten solle.

Weder gegenüber den alten Mittelschichten noch gegenüber den neuen, zu denen in erster Linie die an Zahl und Bedeutung zunehmenden intellektuellen Berufsgruppen zu zählen sein werden, kann die sozialistische Bewegung eine gleichgültige Haltung einnehmen oder jenem Mißtrauen Ausdruck geben, das in der Formel von der „Neutralisierung“ der gesellschaftlichen Zwischenschichten zum Ausdruck kommt. Der demokratische Sozialismus soll das Programm der Arbeiter, Ausgestellten und Beamten sein, der geistigen Berufe, des Mittelstandes und der Bauern, aber auch derer, die sich durch Herkunft und Besitz nicht davon abhalten lassen, der totalitären Gefahr eine positive Alternative gegenüberzustellen. Das können sie nur gemeinsam mit dem arbeitenden Volk in Stadt und Land.

Es ist übrigens keine neue Erkenntnis, daß es sich beim demokratischen Sozialismus nicht nur um ein Klassenziel, sondern um ein Menschheitsziel handelt. Wir können im Erfurter Programm nachlesen, daß die erstrebte gesellschaftliche Umwandlung nicht bloß die Befreiung der Arbeiterschaft, sondern des gesamten Menschengeschlechts bedeute. In Heidelberg sprach man vom Gesamtinteresse der Gesellschaft gegenüber dem kapitalistischen Monopol. In Hannover wurde festgestellt, das Klasseninteresse der deutschen Arbeitenden falle zusammen mit den Notwendigkeiten des gesamten deutschen Volkes und mit der Einsicht und dem Willen aller fortschrittlichen und freiheitlichen Menschen in der ganzen Welt. Da wir von einer Identität der Interessen der übergroßen Mehrheit in den großen Dingen ausgehen, wäre es unsinnig, den demokratischen Sozialismus als enge Klassenbewegung abstemplen zu wollen. Er ist längst zu mehr als einer Klassenangelegenheit geworden und hat nur dann die Zukunft für sich, wenn er zur Volksbewegung wird.

Die Partei des demokratischen Sozialismus wird die Partei des arbeitenden Volkes bleiben. Sie wird nicht eine „Volkspartei“ im Sinne verschwommener Interessen und

unklarer Zielsetzungen sein können. Aber sie wird sein müssen die im Sinne des Volksinteresses wirkende, wahrhaft nationale Partei der gesellschaftlichen Rettung durch Neugestaltung. Wir erkennen dabei ganz genau, daß wir unser nationales Programm nur mit dem Blick auf Europa und mit dem festen Willen zu internationaler Verständigung durchsetzen können. Wir wissen noch eins: daß wir keinen Führungsanspruch der Zahl allein, sondern immer nur einen Führungsanspruch stellen können, der zugleich auch durch die Qualität gerechtfertigt ist.

Die naturwissenschaftlichen Erkenntnisse des 19. Jahrhunderts sind nicht erschüttert geblieben. Fortschrittsglaube und optimistischer Humanismus haben Rückschläge erlitten. Eine Geschichtsauffassung, die die ökonomischen Faktoren als ausschließliche Triebkräfte des geschichtlichen Geschehens zu betrachten geneigt war, hat sich als irrtümlich oder zumindest einseitig erwiesen. Sie hat weniger bei Marx selbst als bei den Epigonen zu der Annahme geführt, wir hätten es im wesentlichen mit naturnotwendigen Prozessen zu tun. Als sich die deutsche Mehrheitssozialdemokratie im Jahre 1921 in Cörlitz ihr erstes Programm nach dem vorigen Weltkrieg gab, wurde diese Anschauung von dem naturnotwendigen Prozeß noch als das „Wesen des Marxismus“ bezeichnet. Darüber läßt sich endlos diskutieren, und die Diskussion wird nicht dadurch erleichtert, daß immer wieder Ignoranten vom Materialismus im Sinne des schändlichen Mammon sprechen, wenn von der materialistischen Geschichtsauffassung die Rede ist. In dieser Geschichtsauffassung ist Raum für das Bewußtsein der Menschen, aber es dürfte heute klar sein, daß etwa die Rechtsbegriffe mehr sind als nur Funktionen der wirtschaftlichen Basis und daß sich das Bewußtsein der Menschen nicht automatisch aus dem gesellschaftlichen Sein ergibt. Warum hätten wir es sonst 1946 in Hannover zur ausdrücklichen politischen Aufgabe der deutschen Sozialdemokratie erklären brauchen, die umstürzenden Veränderungen des gesellschaftlichen Seins in das politische Bewußtsein der Massen zu übertragen? Daß das mit einigen Schwierigkeiten verbunden ist, sehen wir besonders deutlich an unseren Millionen von Flüchtlingen und Zwangsvertriebenen. Ihr Bewußtsein entspricht im wesentlichen nicht ihrer faktischen Lage eines fünften Standes.

Worauf es ankommt, ist dieses: Gewiß ist den Menschen durch die wirtschaftlichen und sonstigen Verhältnisse der äußeren Wirklichkeit ein Rahmen abgesteckt, innerhalb dessen sie sich bewegen. Absolut notwendige geschichtliche Entwicklungen aber gibt es nicht. Darum kann auch nicht von der Naturnotwendigkeit eines sozialistischen Sieges gesprochen werden. Für die sich formierende Arbeiterbewegung mag das Prophetische neben der realen Forschung ein bedeutender Impuls gewesen sein. Unsere Generation muß sich auf den mit nüchternem Wissen verbundenen unbedingten Willen stützen. Zu unserem Wissen aber gehört, daß es in größeren Zusammenhängen und Zeitspannen niemals nur eine Möglichkeit gibt. Hitler brauchte nicht an die Macht zu kommen. Daß er an die Macht kam, zeigte neben anderem, daß es mit dem Appell an die Vernunft der Menschen trotz aller Fortschritte der Volksbildung nicht allein getan ist.

Leider ist der Mensch nicht so gut, wie es in einem unserer schönen Lieder heißt. Der sich langsam erweiternde Einblick in die psychologischen Faktoren enthüllt den unangenehmen Tatbestand, daß die Grenze zwischen Mensch und Tier nicht außerhalb, sondern innerhalb des menschlichen Bereichs verläuft. Ich wiederhole: Hitler hätte nicht zu kommen brauchen, und mancher, der hinterher die junge deutsche Generation schulmeistern wollte, hätte sich lieber vorher überlegen sollen, wie das große Verhängnis abgewendet werden könnte. Aber auch der Krieg brauchte nicht zu kommen. Die diplomatische und außenpolitische Literatur der jüngsten Vergangenheit beweist, daß er 1936, ja wahrscheinlich noch 1938 hätte verhindert werden können. Wir müssen ein für allemal erklären, daß wir nichts anfangen können mit einer Art von „Theorie“, die immer nur hinterher erklären kann, daß es so und nicht anders kommen mußte.

Als man einen nicht ganz unbekanntem Vertreter dieser Schule fragte, was denn nun wäre, wenn sich die Wirklichkeit nicht nach seinen ausgezeichneten und vor allem ausführlichen Thesen richte, gab er die klassische Antwort: Um so schlimmer für die Wirklichkeit.

Wie sehr sich die Wirklichkeit, mit der wir uns auseinandersetzen haben, verändert hat, sehen wir aber gerade auf dem Gebiet der Wirtschaft. Die kapitalistische Gesellschaft hat sich in einer Reihe von Ländern zu etwas hin entwickelt, was niemand vor hundert oder fünfzig Jahren Kapitalismus genannt haben würde.

Gewiß haben sich einige der Haupttendenzen durchgesetzt, die im Erfurter Programm dargelegt wurden. Es kam zur fortschreitenden Monopolisierung der Produktionsmittel, zum riesenhaften Wachstum der Produktivität menschlicher Arbeit, und die Produktivkräfte wuchsen der kapitalistischen Gesellschaft über den Kopf. Das Heidelberger Programm arbeitete einige der neuen Tendenzen heraus: die Bildung von Kartellen und Trusts, die Vereinigung von Industrie-, Handels- und Bankkapital zum Finanzkapital, das Streben der Monopolisten zur Herrschaft über die Gesellschaft. Es kam jedoch die Frage aufgeworfen werden, ob sich die wirtschaftlichen Verhältnisse des Jahres 1925 nicht bereits stärker von denen des Jahres 1891 unterschieden, als das im Programm von Heidelberg, verglichen mit dem von Erfurt, zum Ausdruck kam. Damals, also in Heidelberg, wurde noch das entscheidende Gewicht auf die Feststellung gelegt, das Privateigentum an den Produktionsmitteln sei unvereinbar geworden mit dem zweckentsprechenden Anwendung und voller Entwicklung. Faktisch zeichnete sich aber bereits damals eine Entwicklung ab, die das Problem der Verfügung wichtiger erscheinen ließ als das des formalrechtlichen Besitzes. Gerade von dieser Seite her haben ja die „Manager“, obgleich sie nicht Träger des formellen Besitzes sind, ihre gewaltige Machtstellung erringen können. Aus politischen Gründen werden Besitzveränderungen weiterhin dringend notwendig sein. Wirtschaftlich aber ist die entscheidende Frage, wie das Eigentum eingesetzt wird, um größtmöglichen gesellschaftlichen Nutzen zu erreichen.

Wir stehen strukturellen Änderungen gegenüber, die sich auf dem Wege vom freien Kapitalismus zur dirigierten Ökonomie, zu den geplanten Wirtschaftssystemen ergeben haben. Die uns bisher bekannten Formen staatlicher Wirtschaftssteuerung sind offenbar nur als Übergangsformen zu betrachten. Soviel scheint aber sicher zu sein, daß sie den ursprünglichen Krisenmechanismus zumindest teilweise außer Funktion zu setzen imstande sind. Es ist doch bezeichnend, daß in Moskau sogar der Komintern- und Staatsprofessor Eugen Varga mit der Möglichkeit rechnete, daß die Krise im Westen nicht so rasch kommen und vielleicht auch nicht so tief greifen würde, wie es das Politbüro erhoffte. Daß Varga inzwischen Abbitte getan hat, ändert nichts an dieser seiner ursprünglichen Einsicht.

Durch die in den Vereinigten Staaten, in Skandinavien und anderen Ländern seit Anfang der dreißiger Jahre geführte Politik der staatlichen Krisenbekämpfung sind wertvolle Erfahrungen gewonnen worden. Schließlich zeigte ja aber auch der Krieg — und zwar in England ebenso wie in Amerika ohne Einengung der demokratischen Rechte —, was die Wirtschaft zu leisten imstande ist, wenn sie in eine Gesamtplanung einbezogen wird. In Amerika schwört noch fast alles auf die alleinseligmachende private Initiative und auf die wundersamen kapitalistischen Marktgesetze. Aber es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß sich auch dort ein langsamer Wandel vollzieht. Vor dreißig Jahren hätte man einen Mann mit dem Programm Trumans zu einem „Roten“ erklärt und nicht zum Präsidenten gewählt.

Man braucht auch kein Hellscher zu sein, um mit der Wahrscheinlichkeit beträchtlich gesteigerter staatlicher Eingriffe im Falle eines stärkeren konjunkturellen Rückschlages in den USA zu rechnen. Interessant ist doch aber auch vor allem die Tatsache, daß mit dem Marshall-Plan ein bedeutendes Element internationaler Wirtschaftsplanung entstanden ist. Man mag meinen, die Methoden des Marshall-Planes seien unzureichend und widersprüchsvoll. Aber es bleibt ein nicht nur interessanter, sondern auch geschicht-

licher Vorgang, daß dieser Planungsversuch aus jenem Teil der Welt kommt, der im Vergleich zu Europa über einen gewaltigen Reichtum und noch unerschlossene innere Expansionsmöglichkeiten verfügt und darum bislang einem viel geringeren inneren Planungszwang unterliegt.

Auch von der wirtschaftlichen Seite her erhalten wir also eine Bestätigung unserer Behauptung, daß die alte Ordnung nicht willkürlich wieder aufgerichtet werden kann. Die Engländer haben dazu ein nettes Wort: Man kann einen Eierkuchen nicht mehr in Eier zurückverwandeln. Es dreht sich nicht mehr um die Frage, ob der Staat eingreift und ob geplant wird, sondern darum, wer plant, wie und vor allem wozu geplant wird.

Zu den strukturellen Änderungen kommen die veränderten Auffassungen vom Sinn und Wesen der Wirtschaft. Der Glaube an die automatischen Funktionen wurde durch Krise und Krieg erschüttert. Weit über das sozialistische Lager hinaus wurde die Massenarbeitslosigkeit als schlimmste Art der Verschwendung betrachtet. In der internationalen ökonomischen Diskussion setzen sich neue Zielsetzungen durch. Man wollte einen Zustand der Vollbeschäftigung erreichen und allen einen nationalen Mindeststandard sichern. Man erkannte, daß wir uns leisten können, was wir zu produzieren vermögen und daß es beim heutigen Stand der Technik eine Organisationsfrage ist, ob der Lebensstandard gehoben wird.

Nun, wir wissen, daß wir von der Erreichung dieser Ziele noch weit entfernt sind. Wir müssen uns wohl auch vor einem blinden Glauben an die Technik hüten. Für sie gilt, was schon in bezug auf die Bürokratie gesagt wurde. In ihr sind gewaltige Fortschritts- und Reichtumsmöglichkeiten vorhanden, aber auch Gefahren eines technokratischen Nihilismus. Es sollte völlig klar sein, daß für uns der Faktor Mensch höher steht als der Faktor Maschine, daß die Menschenwürde höher steht als die Rentabilität. Effektivität bedeutet viel, ist aber kein höchster Wert. Die technische Errungenschaft wird erst dann zum Segen, wenn sie dem sozialen Fortschritt dient.

In der älteren sozialistischen Programmliteratur wird häufig vor dem Spintisieren über den Zukunftsstaat gewarnt. Kautsky schrieb in seinem Kommentar zum Erfurter Programm, über die Formen einer sozialistischen Wirtschaft sollten sich „die Kinder und die Kindeskinde“ den Kopf zerbrechen. Nun, die Kinder, von Kautsky aus gesehen, haben leider weitgehend versagt. Es ist an uns, die sozialistischen Wirtschaftsgedanken zu konkretisieren. Vor allem aber ist es an uns, zu verhindern, daß aus dem Zukunftsstaat ein Zuchtstaat wird.

Nichts steht uns höher als die Freiheit.

Ihre politischen Erscheinungsformen haben sich im Laufe der Zeiten gewandelt, nicht aber ihre Idee. Wer noch nicht wissen sollte, was der erste Punkt unseres Aktionsprogramms und unseres grundsätzlichen Programms ist, der begreift nichts von unserem Anteil am Freiheitskampf dieser Zeit.

Die primäre Bedeutung des Kampfes um die grundlegenden menschlichen und politischen Rechte ist nicht erst von uns erkannt worden. Im Eisenacher Programm der Partei Bebels und Liebknechts steht es geschrieben, daß die politische Freiheit die unentbehrliche Vorbedingung zur ökonomischen Befreiung sei.

Ebenso gehört es zum alten sozialistischen Gedankengut, daß die nationale Freiheit Voraussetzung erspriesslicher internationaler Zusammenarbeit ist.

Die Gegnerschaft zum Obrigkeitsstaat war eine Selbstverständlichkeit, ebenso wie es gegenüber der terroristischen Diktatur eine selbstverständliche Pflicht zum Widerstand mit allen zur Verfügung stehenden zweckdienlichen Mitteln gibt. Auf dem Boden der Demokratie kann es sich aber nur um die Anwendung der zu Gebote stehenden rechtmäßigen Mittel handeln. In der Wahl der Mittel liegt in der Tat mit der wichtigste Unterschied zwischen der Demokratie und der Diktatur.

Für uns heilig der Zweck die Mittel nicht. Die Demokratie ist uns keine Frage der Zweckmäßigkeit, sondern der Sittlichkeit.

Freiheit und Leben sind eins. Ohne Sicherheit der individuellen Rechtssphäre, ohne geistige Freiheit, ohne die moralischen Normen der Persönlichkeiten, Gemeinschaften und Menschlichkeitswerte droht der Rückfall in die Barbarei. Nur durch Rettung der unersetzlichen Güter der abendländischen Kultur können wir die Hoffnung hegen, zu höheren Formen menschlichen Zusammenlebens emporzusteigen. Aus dem bedingungslosen Bekenntnis zur Demokratie ergibt sich die Forderung, die Schranken zu durchbrechen, die den einzelnen an seinem Recht behindern, als Teil des ganzen die Formen des Zusammenlebens und der gemeinsamen Arbeit mit zu bestimmen. Das wird nur möglich sein, wenn ein immer größerer Teil der Staatsbürger nicht nur ermächtigt, sondern auch befähigt wird, an der Gestaltung der öffentlichen Dinge verantwortlich mitzuwirken.

Umgekehrt soll der einzelne im Rahmen der Gesamtheit über die volle Freiheit verfügen, sein Leben nach eigenem Ermessen zu gestalten — vorausgesetzt, daß es nicht auf Kosten anderer geschieht.

In der Hannoverischen Prinzipienklärung wird eine Unterscheidung zwischen „bürgerlicher“ und „proletarischer“ Demokratie abgelehnt. Die proletarische Demokratie der Kommunisten, die sie nach dem zweiten Weltkrieg in „Volksdemokratie“ — also in Demo-Demokratie — umbenannt haben, ist dem auch nichts anderes als die schamhafte Camouflage einer schamlosen Gewaltherrschaft. Sie hat übrigens nicht das geringste mit der von Marx beiläufig ein paarmal erwähnten theoretischen Formel der „Diktatur des Proletariats“ zu tun; eine unglückselig Formel, zu deren geschichtlicher Wertung allerdings gehört, daß damalige Selbstverständlichkeiten späterhin fragwürdig wurden und daß der Begriff der Diktatur im 20. Jahrhundert einen ganz eindeutigen Inhalt erhalten hat. Damals handelte es sich um den Gedanken, einer Sabotage und Gewaltanwendung der kapitalbesitzenden Minderheit von seiten der großen, arbeitenden Mehrheit mit nachrücklichen Mitteln begegnen zu können. Bei den Neukommunisten handelt es sich um etwas ganz anderes. Bei ihnen führt der Weg von der angeblichen Diktatur des Proletariats zur Diktatur über die Arbeiterschaft ebenso wie über die anderen Klassen, er führt von der Parteidiktatur zur terroristischen, korrupten und verlogenen Cliquenherrschaft. Daraus ergibt sich die Forderung, daß sich der demokratische Sozialismus vom diktatorischen Kommunismus nicht nur durch die Verschiedenheit der Wege und Mittel, sondern auch durch die Gegenseitlichkeit der Ziele unterscheidet.

Es dreht sich nicht um verschiedene Wege zu einem gemeinsamen Ziel, sondern um unterschiedliche Wege zu entgegengesetzten Zielen.

Wir wissen aber auch aus bitterer Erfahrung, daß sich die Demokratie von kapitalistischer und bürokratischer Seite in steter Gefahr befindet. Wir sind sozialistische Demokraten nicht darum, weil uns die Demokratie nur unter den von uns für richtig gehaltenen Bedingungen verteidigungswert erscheint, sondern wir sind es in dem Sinne, daß wir die politische Freiheit wirtschaftlich und sozial untermauern wollen. Wir wollen die Demokratie im eigentlichen und im übertragenen Sinne des Wortes krisenfest machen.

In Hannover haben wir insofern eine Qualifizierung des Begriffes der Demokratie vorgenommen, als wir verlangten, sie müsse stark und kampfbereit sein. Mit administrativer Gemüthlichkeit ist es gewiß nicht getan. Die Weimarer Republik ist nicht allein durch den Ansturm ihrer Feinde, sondern auch durch die Unentschlossenheit und Phantasielosigkeit ihrer Träger zugrunde gerichtet worden.

Die neue deutsche Demokratie ist noch nicht fertig. Es gibt sie erst als zartes Pflänzchen, das harten Winden ausgesetzt ist und von seinen in- und ausländischen Gärtnern nicht immer besonders zart und sachkundig angefaßt worden ist.

Wir wollen es pflegen und zur vollen Entfaltung bringen. Dann werden wir es aber auch verteidigen, so wie wir in Berlin das Recht auf Selbstverwaltung und Reddischerheit, auf Freiheit der Meinung und der produktiven Entfaltung verteidigt haben.

Innerhalb der Demokratie nehmen wir uns das Recht zur politischen Aktion in Anspruch, ebenso wie wir es anderen zugestehen. Wir haben erklärt und sollten es erst nennen, daß die Sozialdemokratische Partei nichts sein will als eine Partei neben anderen Parteien. Dies ist die Testfrage, denn jede Einparteienherrschaft führt ins Verderb. Es hieße, die Rolle der Gewalt in der Geschichte unterschätzen, wenn man ohne Willen zur politischen Macht antreten wollte. Aber es muß sich um den Willen zur Entfaltung in der und für die Demokratie handeln, nicht um den Versuch der Machteroberung außerhalb der Demokratie und gegen sie.

Nun kommen unsere Gegner, vor allem aus dem neoliberalistischen Lager, und erklären: Wenn ihr für die Freiheit seid, könnt ihr nicht gleichzeitig für die Planwirtschaft sein. Denn, so behaupten sie, jede Planwirtschaft bedeute wirtschaftlichen und im Gefolge dessen auch politischen Zwang. Bis zum letzten Hosenkopf könnte alles geplant werden. Darum keinen Plan. Mit ähnlicher Logik könnte man sagen, keine Regierung, denn es könnte ja über die letzte Kleinigkeit regiert werden.

Hitler-Deutschland und die Sowjetunion sollen die schlagenden Beweise dafür sein, daß man Sozialismus, Planwirtschaft und Diktatur in einen Topf werfen darf. In Deutschland begann das Dritte Reich aber bekanntlich mit der Niederschlagung der sozialistischen Kräfte. Und in Rußland gab es den Einparteienstaat bereits sechs Jahre vor dem Beginn der Fünfjahrespläne. Wir sind bereit, den positiven Gegenbeweis anzutreten. In England bemüht sich die Labour-Regierung seit Kriegsende mit Erfolg, eine überaus hart mitgenommene Volkswirtschaft auf neue Grundlagen zu stellen. Sie betreibt eine Politik zentraler Wirtschaftslenkung, ohne die demokratischen Rechte schmälert zu haben. Die skandinavischen Sozialdemokraten, die Arbeiterregierungen in Neuseeland und Australien führen in Ländern entwickeltester Demokratie eine beispielgebende Wohlfahrtsplanung durch. Wir werden dieses Erfahrungsmaterial viel eingehender studieren müssen, als es bisher geschehen ist. In unseren Programmdiskussionen dürfen wir auch nicht an dem vorbeigehen, was von den demokratischen Sozialisten anderer Länder gedacht und erarbeitet worden ist, vor allem seit 1933, während der Periode, die für die meisten von uns geistige Isolierung bedeutet hat.

Wir befinden uns in Übereinstimmung mit guten sozialistischen Traditionen und mit einer Haupttendenz der internationalen Diskussion, wenn wir unsere wirtschaftspolitischen Forderungen als Programm der weitergeführten Demokratie entwickeln. Politisch ist die Macht der Wenigen gebrochen, dort, wo die Demokratie zur Regierungsform wurde. Aber auf dem Gebiet der Wirtschaft dauert die an feudale Sonderrechte erinnernde Macht der Wenigen an. Eine weitgehend anonyme Minderheit übt einen entscheidenden und allzu oft verhängnisvollen Einfluß auf die Geschichte eines ganzen Volkes oder gar vieler Völker aus. Sonderinteressen hindern den Zustand der Freiheit von Furcht und von Not, der von dem verstorbenen Präsidenten Roosevelt für die Nachkriegszeit gefordert wurde.

Wir haben kein Vertrauen zur ordnenden Kraft des freien Marktes. Und wir empfinden es als Hohn, wenn einer der maßgebenden Vertreter der neoliberalistischen Schule vom freien Kapitalismus als der funktionierenden Planwirtschaft derer spricht, die es angeht. In dieser freien Marktwirtschaft gehe eine fortgesetzte Volksabstimmung der Verbraucher vor sich — mit dem Geldschein als Stimmzettel! Wir erinnern uns sehr gut daran, daß die große Wirtschaftskrise nicht mit den Methoden der freien Wirtschaft überwunden wurde. In solchen Zeiten erschallt der Ruf nach der Hilfe des Staates, auf daß er das Risiko trage und den subventionierten Betrieben möglichst unbeschnittene Gewinne bleiben. Uns hat aber auch nicht verborgen bleiben können, daß die ursprüngliche Marktwirtschaft unter dem Einfluß der Monopole von Plan-

bestrebungen abgelöst wird, die weitgehend nicht dem Interesse der großen, verbrauchenden Allgemeinheit entsprechen. Die Parole von der Wirtschaftsfreiheit wird darum immer mehr zu einer Illusion, oder sie entspringt intellektueller Unaufrichtigkeit.

Wir gehen vom Interesse der Verbraucher aus, und wir wollen es unmöglich machen, daß, wenn auch in ihren Auswirkungen vielleicht etwas abgeschwächt, Krisen wie Naturkatastrophen über die Menschheit hereincbrechen. Aus diesem Grunde sagen wir: die Grundsätze der Demokratie dürfen nicht mehr rationiert, sie müssen auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens angewendet werden, um uns zu wirtschaftlicher Sicherheit und sozialer Gerechtigkeit gelangen zu lassen. Die politischen Freiheiten werden dort begrenzt wo sie zu Lasten anderer gehen. Machtmißbrauch ist aber ein Übel, wo immer es in Erscheinung tritt. Es geht uns um die breitestmögliche Verteilung der Macht, wirtschaftlich wie politisch, um die Demokratisierung und Vermenschlichung der Wirtschaft. Darum lautet die Fragestellung nicht: Freiheit oder Sozialismus? Sie muß lauten: Durch welche wirtschaftlichen Maßnahmen können wir den Bereich der Freiheit festigen und erweitern?

Es wird sich im wesentlichen nicht um restriktive, sondern um anspornende, die private ebenso wie die gemeinschaftliche Initiative fördernde Maßnahmen handeln müssen. Jawohl: private Initiative, wo immer sie wirtschaftlich und gesellschaftlich nutzbar gemacht werden kann. Die freie Konkurrenz ist aber bekanntlich in überaus hohem Maße durch die Monopole ausgeschaltet worden. Wir glauben außerdem, daß die bewußte Verfolgung eines sozialen Zieles eine ebenso gute Energiequelle sein kann wie der Stachel der Konkurrenz.

Wir sagen: bedarfsbestimmte Kooperation an Stelle der profitbestimmten Konkurrenz. Aber wir sind keine weltfremden Gleichmacher. Wir erstreben gleiche Chancen, und wir erstreben eine Neivellierung der sozialen Scheidelinien. Die uns vorschwebende Gesellschaftsordnung wird nicht strukturos sein. Sie wird auf materielle Antriebskräfte kaum verzichten können. Aber unsere Bewegung ist der beste Ausdruck dafür, wie die Gesinnung einer neuen Gesellschaft im Schoße der alten geboren wird. Was wäre diese unsere Bewegung ohne den Opferwillen, die uner müdliche Kleinarbeit, den Bekennermut und die Gesinnungstreue unserer vielen tausend unbesoldeten, ehrenamtlichen Mitarbeiter!

Demokratischer Sozialismus heißt sinnvolle Kooperation. Gewiß besteht bei zunehmender öffentlicher Lenkung und Planung die Gefahr bürokratischer Herrschaft und Entartungen. Vor ihnen werden wir auf der Hut sein müssen. Es darf nicht völlig abgestritten werden, daß Betriebe der öffentlichen Hand nicht immer auf der Höhe ihrer Aufgaben stehen und zu berechtigten Klagen Anlaß geben. In den meisten Fällen dürfte es sich um typische Übergangsphänomene handeln, die auch um Erscheinungen, die der kapitalistische Großbetrieb in nicht geringerem Maße aufzuweisen hat, nur daß sie dort weniger leicht aufgedeckt werden.

Zugegeben sei ohne weiteres, daß es offenbar ein gedanklicher Kurzschluß war, sich aus einer Überführung der Produktionsmittel in öffentlichen Besitz zwangsläufig größere Freiheit und gesteigertes Glück für die Menschen zu versprechen.

Die Durchsetzung kollektivistisch-planistischer Lösungen auf der wirtschaftlichen Ebene bietet keine automatische Gewähr für den Sieg des freiheitlich-demokratischen Elementes auf der gesellschaftlichen Ebene. Es handelt sich wirtschaftlich wie politisch um eine nicht nur fatale, sondern auch produktive Spannung zwischen individueller Freiheit und gemeinsamer, sozialer Sicherheit. Nur durch schärfste Wachsamkeit und äußerste Willensanstrengung kann ein Auseinanderklaffen verhindert werden.

Im Rahmen einer Grundsatzdebatte wird kaum dargelegt werden können, wie die Wirtschaftspolitik des demokratischen Sozialismus praktisch im einzelnen auszusehen hat, ebensowenig wie dargelegt werden konnte, welche Einzelforderungen wir etwa auf dem Gebiet der öffentlichen Verwaltung erheben. Kautsky hat in seinem Kommentar zum Erfurter Programm die „Staatwirtschaft des siegreichen Proletariats“ als die

„Vereinigung sämtlicher Betriebe in einem einzigen ungeheuren Staatsbetrieb“ dargestellt. Dabei sollte es sich um die „Verwandlung des Staates in eine einzige Wirtschaftsgemeinschaft“ handeln. Wir können damit heute sehr wenig anfangen. Die Forderungen des Heidelberger Programms helfen uns auch nicht viel weiter. In ihnen ist davon die Rede, daß Grund und Boden, Bodenschätze und natürliche Kraftquellen in den Dienste der Gemeinschaft übergeführt werden sollen, während „das Reich“ seine eigenen Betriebe ausbauen und die Kontrolle über die kapitalistischen Interessengemeinschaften, die Kartelle und Trusts, übernehmen sollte.

Bei der neuen Aufgabenstellung in Hannover 1946 wurde als Ziel eine sozialistische Wirtschaft durch planmäßige Lenkung und gemeinschaftliche Gestaltung herausgestellt, um so die „ökonomische Befreiung der menschlichen Persönlichkeit“ zu erreichen. Im übrigen lehnte man sich an Ausführungen an, die als Kommentar zum Heidelberger Programm erschienen waren und übrigens ebenfalls von Kautsky stammten. Über die Vergesellschaftung der Produktionsmittel hieß es, sie habe auf verschiedene Weise und in verschiedenen Formen zu erfolgen. Für den demokratischen Sozialismus gebe es keine Einformigkeit, keine Uniformität, keinen kommandierten Kasernensozialismus. Wir bestreiten also gar nicht die These, in einer vielgestaltigen Gesellschaft sei das Leben der einzelnen freier. Die Hannoverische Prinzipienklärung spricht von einer sozialistischen Gesellschaft mit den mannigfaltigsten Betriebsarten und Formen der Produktion. Sie fordert so viel wirtschaftliche Selbstverwaltung wie möglich, unter stärkerer Beteiligung der Arbeiter und Verbraucher. Aus dieser unserer Grundeinstellung werden wir überall, wo es möglich ist, der indirekten Lenkung vor der direkten den Vorrang geben.

Diese Gedanken gilt es weiter zu entwickeln, und sie sind in der Parteidiskussion bereits ein Stück weiter entwickelt worden. Dabei scheint sich immer mehr die Anschauung durchzusetzen, daß wir nicht von irgendeinem Wirtschaftsdogma oder Sozialisierungsschema auszugehen haben, sondern von den zu erreichenden praktischen Aufgaben. Planung und Sozialisierung sind nicht Selbstzweck, sondern näher zu begründende Mittel zur Erreichung einer krisenfesten Wirtschaft der Vollbeschäftigung.

An die moderne Gesellschaft stellen wir die Forderung, daß allen Arbeit, ausreichende Ernährung, Kleidung, eine menschenwürdige Wohnung, Freizeit, Schulbildung und Berufsausbildung, Sicherheit bei Krankheit, Armut, Alter und Arbeitsunfähigkeit gesichert wird. Zur Erreichung dieser Ziele und steigenden Wohlstands durch Hebung der unteren Grenze bedarf es des planvollen Einsatzes der Arbeitskraft, der Wissenschaft und der natürlichen Hilfsquellen.

Sozialismus bedeutet mehr als Sozialisierung, aber es wird kaum eine erfolgreiche sozialistische Planung ohne einen bedeutenden sozialisierten Sektor geben. Seine exakte Größe läßt sich nicht vorweg bestimmen. Sie wird auch nicht ein für allemal festliegen.

Wir sagen Sozialisierung und nicht Nationalisierung, denn wir meinen Vergesellschaftung und nicht einfach Verstaatlichung. Wir haben in Hannover gefordert und halten daran fest, daß die Betriebe des Bergbaus, der Eisen- und Stahlerzeugung, die Versorgungswirtschaft, die Schwermetalle und andere Großbetriebe in das Eigentum der Allgemeinheit übergeführt werden sollen. Strafe soziale Planung der öffentlichen Hand fordern wir auch in bezug auf die Wohnungswirtschaft und auf dem Gebiet der Geld- und Kreditversorgung sowie des Versicherungswesens.

Was die Betriebsformen angeht, so rechnen wir mit einer reichen Skala vom Bundes-, Landes- und Gemeindebesitz bis zu gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen, aber bei ganz besonderer Förderung des genossenschaftlichen und sozialgewerkschaftlichen Gedankens. Es mag offen ausgesprochen werden, daß bei uns Deutschen immer ein bißchen die Gefahr besteht, über dem Philosophieren und Theoretisieren die handgreiflichen, praktischen Ausarbeitungen zu vernachlässigen. Als die Labour Party in England 1945 ihren Wahlsieg errungen hatte, verfügte sie über bis ins einzelne aus-

gearbeitete Gesetzesvorschläge, etwa für die Neugestaltung der Kohlenwirtschaft. Wir müssen uns sehr ranhalten, wenn wir mit ähnlich detaillierten Ausarbeitungen bis zu dem Tage fertig sein wollen, an dem wir einen hoffentlich maßgeblichen Einfluß auf die deutsche Bundesregierung erhalten. Sonst kann es uns wie nach 1918 gehen. Und der Jammer der damaligen Sozialisierungskommission darf sich nicht noch einmal wiederholen.

Es darf in diesem Zusammenhang aber auch nicht unerwähnt bleiben, daß ausländische Eingriffe zur weitgehenden Verhinderung der bisher möglichen Schritte sozialer Neuordnung geführt haben. Das hat dazu beigetragen, daß die 1945 ausgeschlachteten Kräfte, die ein gerüttelt Maß Verantwortung für das Aufkommen des Nazismus tragen und am Krieg gut verdient hatten, wieder Wind in die Segel bekommen haben. Neben ihnen ist ein neues Besitzbürgertum skrupelloser Nachkriegsgewinnler entstanden. Verhältnismäßig breite Schichten haben sich mit der Parole vom „christlichen“ Sozialismus abspesen lassen, von dem jetzt nicht mal mehr bei feierlichen Anlässen die Rede ist. Aber auch die Bastardisierung des Sozialisierungs- und Planungsgedankens in der Ostzone hat psychologische Auswirkungen gehabt, die wir nicht unterschätzen dürfen.

Nichtsdestoweniger bleibt die Tatsache bestehen, daß wir uns in unserem Land den Luxus einer Profitwirtschaft, die amerikanischer als die Amerikaner sein möchte, einfach nicht mehr leisten können.

Wir können uns auch nicht den Widersinn einer neuen Millionenarbeitslosigkeit leisten. In unserem Land ist mehr als genug Arbeit für alle, die arbeiten können. In unserem Land bedarf es einer noch rascheren Steigerung der Produktion und einer gerechteren Verteilung der erzielten Gütermenge.

Dazu brauchen wir keine Totalplanung, die von einem allmächtigen Staat diktiert wird. Aber es bedarf zentraler Entscheidungen über Umfang und Richtung der Produktion, so daß die volkswirtschaftlich vorhandenen Mittel in volkswirtschaftlich erwünschte Bahnen gelenkt werden. Zentrale staatliche Entscheidungen sind in allen fortgeschrittenen Industriestaaten an der Tagesordnung. Wir wollen sie so gefällt wissen, daß Wohnungen gebaut werden, daß unsere Zwangsvertriebenen das Notwendigste erhalten, daß uns noch ein bescheidener Wohlstand und unseren Kindern eine bessere Zukunft gesichert wird.

Wir wollen die Planentscheidungen im demokratischen Staat und auf demokratische Art gefällt wissen. Die Bevölkerung kann — dieses Vertrauen haben wir zu ihr — und soll darüber entscheiden, in welcher Richtung nicht nur die Steuerpolitik verläuft, sondern wie die großen Investitionen einzusetzen sind. Sie soll zwischen verschiedenen Plänen in den großen Zügen wählen können, und sie soll die Durchführung der beschlossenen Pläne überwachen. Auch von dieser Seite her wird die Notwendigkeit verschiedener Parteien nachdrücklich unterstrichen. Als besonders wichtige Probleme zeichnen sich ab: die freie Wahl des Berufs und des Arbeitsplatzes, die sinnvolle gestaltete Mitbestimmung der Betriebsräte und der Gewerkschaften, nicht zuletzt auch die dafür und für die gesamte soziale Plannpolitik erforderliche betriebs- und volkswirtschaftliche Schulung.

Eine solche, nicht totale, sondern Rahmenplanung, wie sie in unseren Diskussionen Gestalt anzunehmen beginnt, hat nichts mehr mit der Vorstellung von dem einen großen Staatsbetrieb zu tun. Sie bedeutet auch keine Aufhebung des Marktes. Man hat das Bild gebraucht, daß der Markt als Steuermann der Volkswirtschaft abgesetzt, den laufenden Verbrauch und Gütertausch aber weiterhin zu steuern haben würde. Eine solche „regulierte Marktwirtschaft“, wie sie etwa dem Düsseldorfer Parteitag im vergangenen Jahre vorgeschlagen wurde, könnte nach grundlegender Änderung der Marktfunktionen nun erst wirklich dem Interesse des Verbrauchers Rechnung tragen.

Die hier nur knapp skizzierten Überlegungen drehen sich, wie Paul Spring schrieb, um eine der von uns bereits angeschnittenen Grundfragen unserer Zivilisation, nämlich die Vereinbarkeit von wirtschaftlicher Planung und persönlich-politischer Freiheit. Wir



dürfen hoffen, daß wir diese Frage praktisch lösen können, wenn wir uns hüten vor dem Opportunismus administrativer Selbstgefälligkeit einerseits und andererseits vor dem scheinrevolutionären Maximalismus, der alles verspricht und nichts erreicht.

Auch aus diesem Teil unserer Überlegungen dürfte sich, ebenso wie aus dem politischen Teil, die grundsätzliche Unterscheidung zwischen demokratischem Sozialismus und sozialistisch drapiertem Totalitarismus ergeben. Hätten die Kommunisten übrigens nichts anderes auf dem Gewissen, so wäre ihre Degenerierung, Verfälschung und Kompromittierung der sozialistischen Theorie, wie sie im Monstrum des „Marxismus-Leninismus“ zum Ausdruck kommt, schon schlimm genug. Was sie eine wissenschaftliche Lehre nennen, sind textlich-akrobatische Übungen zur Rechtfertigung der jeweiligen „Linie“. Die von ihnen viel betonte Einheit von Theorie und Praxis besteht darin, daß die sogenannte „Theorie“ jeweils entsprechend den Bedürfnissen der Machtpolitik zurechtgebogen wird.

Unsere heutige Auseinandersetzung hat nichts mit den historischen Revisionsdebatten zu tun. Die heutige Sozialdemokratie in Deutschland verwaltet das geistige Erbe auch der „Linken“ in der deutschen und internationalen sozialistischen Bewegung. Der traditionelle Gegensatz zwischen dem revolutionären und reformistischen Flügel ist geschichtlich überholt. Wir überwinden ihn auf der höheren Ebene des konstruktiven Sozialismus. Er ist freiheitlich, und er ist revolutionär, indem er den Weg nach vorn zeigt und zur Neugestaltung auffruht.

Wir können feststellen, daß mit dem Zusammenbruch der alten Ordnung auch die Entscheidung gegen das alte staatliche und zwischenstaatliche System gefallen ist. Der überkommene Nationalstaat ist wirtschaftlich zu klein geworden. Durch den letzten Krieg hat die Tendenz zu internationalen Zusammenschlüssen einen starken Auftrieb erhalten. Durch die Freisetzung der Atomenergie rücken die Möglichkeiten einer riesig gesteigerten Produktion im Weltmaßstab in greifbare Nähe. Zu gleicher Zeit bedrückt uns alle die bangte Frage, ob es gelingen wird, diese Möglichkeiten friedlichen Zwecken vorzubehalten. Im anderen Fall würden wir einen Grad der Zerstörung erleben, der alles in der bisherigen Geschichte der Menschheit Dagewesene in den Schatten stellen würde.

Die demokratischen Sozialisten stehen bei der Stellungnahme zu den Fragen der internationalen Zusammenarbeit auf festem Boden. Frieden durch Volkerverständigung, Solidarität und Herrschaft des Rechts haben von allem Anfang an auf ihrem Programm gestanden. Das Gesetz der Interdependenz, der gegenseitigen Abhängigkeit, tritt an die Stelle der begrenzten, übersteigerten und geschichtlich überholten Souveränität. Dieses Gesetz der neuen Beziehungen zwischen den Völkern und Staaten kann sich aber nur dann zum Nutzen der Menschen auswirken, wenn es mit dem Grundsatz der Demokratie fest verbunden wird.

Die Sozialdemokratie hat sich von alters her gegen jede Form des Imperialismus gewandt und in ihren Programmen besonders auf das Streben nach Beherrschung der Weltwirtschaft durch imperialistische Machterweiterung hingewiesen.

Eben in diesem Zusammenhang haben wir einige wichtige neue Erfahrungen in den Kreis unserer Betrachtungen mit einzubeziehen. Die Politik der englischen Arbeiterregierung mag nicht der Weisheit letzter Schluß sein. Wenn aber vieles, was heute im Vordergrund der Diskussion steht, längst vergessen ist, wird noch immer die geschichtliche Tat leuchten, die darin bestand, Indien auf dem Wege freundschaftlicher Verständigung zur Selbständigkeit zu verhelfen und ein Imperium in einen Staatenbund zu verwandeln.

Andererseits stehen wir leider allzu handgreiflichen Ausdrucksformen eines neuen Imperialismus gegenüber, der darum nicht weniger ausbeuterisch ist, weil er sich nicht auf der Basis des Privateigentums an den Produktionsmitteln erhebt. Ich behaupte keineswegs, daß Diktaturen immer und mit absoluter Notwendigkeit zum Kriege treiben müssen. Sie können daran auch gehindert werden. Aber ich behaupte, indem ich an

einen früheren Teil meiner Darlegungen erinnere, daß uns die Erkenntnis der wahren Zusammenhänge nicht durch das Schlagwort erleichtert wird, der Kapitalismus müsse mit unabwendbarer Notwendigkeit zu den Kriegen treiben.

Im Mittelpunkt unserer Beschäftigung mit internationalen Problemen steht das Bekenntnis zur europäischen Einheit. Schon 1866 wurde im Programm des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins die Forderung nach dem „solidarischen europäischen Staat“ erhoben. Im Heideberger Programm, auf das wir uns bei der Wiederbegegnung der Partei berufen konnten, heißt es: die Sozialdemokratie trete ein „für die aus wirtschaftlichen Ursachen zwingend gewordene Schaffung der europäischen Wirtschaftseinheit, für die Bildung der Vereinigten Staaten von Europa, um damit zur Interessensolidarität aller Kontinente zu gelangen“. Seitdem, seit 1925, sind wir durch den Gang der Ereignisse in eindringlichster Weise daran erinnert worden, daß die Zerstückelung unseres Kontinents den Frieden bedroht und eine rationelle Ausnutzung der produktiven Möglichkeiten behindert. Das Festhalten an einem längst überholten nationalstaatlichen Souveränitätsbegriff ist zum Hemmnis des Fortschritts geworden. Die sich seit Kriegsende nicht zuletzt auf deutschem Boden und vor allem in Berlin abspielende Auseinandersetzung hat gezeigt, daß die rechtsstaatlichen und humanistischen Grundlagen der abendländischen Kultur nicht nur während des zweiten Weltkrieges bedroht waren, sondern erneut einer tödlichen Gefahr ausgesetzt wurden. Auf beiden Seiten des Ozeans gelangte nun die Erkenntnis zum Durchbruch, daß die Demokratie in Europa nur bei wirtschaftlicher Gesundung gesichert und daß der Wirtschaftsaufbau nur mit den Mitteln zwischenstaatlicher Zusammenarbeit und überstaatlicher Zusammenfassung zum Erfolg werden kann. Der durch den Krieg nochmals auf die Spitze getriebene Nationalismus hinderte die europäischen Völker zunächst daran, die Folgen der bitteren Erfahrungen zu ziehen. Inzwischen nimmt einiges von dem praktischen Gestalt an, was die demokratischen Sozialisten seit Jahrzehnten gepredigt haben. Der Europarat ist ein erster Schritt, dem die nächsten Schritte nur folgen werden, wenn sich der Wille zur gesamteuropäischen Souveränität durchsetzt. Das neue Europa wird aber auch eine Illusion bleiben, solange ihm die Basis ausreichender wirtschaftlicher Zusammenfassung und Zusammenarbeit fehlt. Ausgehend von den ersten Ansätzen müssen für alle wichtigen Gebiete planende und lenkende Organe geschaffen und so rasch wie möglich in einem europäischen Wirtschaftsrat zusammengefaßt werden. Diese europäische Wirtschaftspolitik wird unserer Überzeugung nach, wenn sie den Interessen der breiten Massen dienen soll, von Planvorstellungen geleitet sein müssen, wie sie von den Sozialisten vertreten werden. Der demokratische Sozialismus bedeutet für Europa die einzige halbwegs positive Alternative gegenüber dem kommunistischen Totalitarismus. Die Vereinigten Staaten von Europa werden von sozialistischem Gedankengut erfüllt sein, oder sie werden nicht sein. Damit ist nicht gesagt, daß die Mitarbeit der Sozialdemokraten an den europäischen Einigungsbestrebungen an irgendwelche anderen als demokratische Voraussetzungen geknüpft ist. In der Bewegung selbst und bei den einzelnen Maßnahmen praktischer Art werden wir nachzuweisen haben, daß es sozialistischer Lösungen bedarf.

Eine politische Zusammenfassung auf der Grundlage der Menschenrechte kann sich heute noch nicht auf alle europäischen Länder erstrecken. Europapolitik muß demnach eine Politik für ganz Europa bedeuten. Sie ist ihrem Ursprung und Wesen nach nicht militärisch bedingt und enthält keine feindliche Tendenz gegen andere Kontinente, schon gar nicht gegen eine internationale Rechtsorganisation oder Bestrebungen, die auf universelle föderative Lösungen abzielen. Eine zeitweilige und erzwungene Beschränkung der Zusammenarbeit auf die westlichen und mittleren Teile des Kontinents darf kein Abschreiben der osteuropäischen Völker bedeuten — ebensowenig wie der wirtschaftliche und politische Zusammenschluß der westlichen Zonen für uns jemals einen Verzicht auf die gesamtdeutsche demokratische Lösung bedeutet hat.

Der Aufbau Europas ist weitgehend von amerikanischer Unterstützung abhängig. Die Europapolitik würde aber ihren Sinn verlieren, wenn sie nicht auch die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit gegenüber den USA erstrebte. Es ist ja auch das erklärte Ziel der Marshall-Hilfe, daß Europa in die Lage versetzt werden soll, sich selbst weiterhelfen zu können. Nur so kann sich Europa zu einer dritten Kraft der internationalen Politik entwickeln, den Frieden sichern helfen und Bundesgenossen in allen Teilen der Welt gewinnen. Dazu bedarf es einer über den Marshall-Plan und den Atlantikpakt hinausreichenden Konzeption der europäischen, sozialen Demokratie.

In unserem eigenen Lande ist Europa zur Hoffnung von Millionen geworden, nachdem wir einen wahnwitzigen Nationalismus teuer bezahlen mußten. Diese Hoffnung darf nicht enttäuscht werden. Ohne den Boden der Tatsachen unter den Füßen zu verlieren, müssen wir vor allem der jungen Generation durch den Übergang vom engstirnigen Nationalismus zum europäischen Patriotismus einen Ausweg aus der Nachkriegskrise zeigen.

Wir deuteten bereits die geistige Krise an, die mit der Umwälzung der alten wirtschaftlichen und zwischenstaatlichen Verhältnisse einhergeht und mit ihr verflochten ist. Wam hat eine Generation in der Geschichte jemals solche Erschütterungen erlebt wie die unsrige?

Die meisten Menschen leben nicht nur in wirtschaftlicher Abhängigkeit, sondern auch in geistigem Zwang. Sie leben in einem Zustand dauernder Angst. Zwang und Furcht können mit den Methoden der Massenpsychologie und mit Hilfe der modernen Mittel der Massenbeeinflussung in künstliche Begeisterung verwandelt werden. Wenn diese künstliche Aufpeitschung der Gefühle zurückschlägt, treten häufig Gleichgültigkeit gegenüber den gesellschaftlichen Vorgängen, krassester Egoismus und Negativismus an ihre Stelle. Das ist vielleicht die ernsteste Seite der moralischen Zerrüttung, von der so viel die Rede ist. Von dieser Seite her kann neuen Demagogen der Boden bereitet werden.

Wir können und wollen uns weder des Mittels des Volksbetrugs noch des Mittels der billigen Vertröstung bedienen. Wichtiger als viele, die glauben, sind uns wenige, die wollen, was sie wissen, und wissen, was sie wollen.

Frei von Dogmen und ohne Moralpredigten treten wir der schwergeprüften jungen Generation gegenüber, die den Freiheitsfäden weiterzuspinnen haben wird. Sie will kein Geschmuse, sondern sie will die Auseinandersetzung mit Realitäten.

Mit Realitäten befaßt sich der demokratische Sozialismus, aber nicht im Sinne reiner Magenfragen oder engbegrenzter Tagespolitik. Jener Schriftsteller hat recht, der neulich schrieb, der Sozialismus sei mehr als eine große Versicherungsanstalt. Er muß ein Ziel bleiben, für das es lohnt, das letzte einzusetzen, eine Vision, die wert ist, geträumt zu werden.

Die sozialistische Bewegung muß mit beiden Beinen auf dem Boden der realen Wirklichkeit stehen. Aber sie würde rückschrittlich werden, wenn sie aufhörte, eine Ideenbewegung zu sein.

Der demokratische Sozialismus ist ein in sich nicht abgeschlossenes System von Vorstellungen über eine Neugestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Sein formuliertes Programm wird immer nur die Summe gemeinsamer grundsätzlicher Überzeugungen in einer bestimmten Periode entsprechend dem jeweiligen Grad wissenschaftlicher Erkenntnis sein können. Aber diesen sich weiterentwickelnden grundsätzlichen Überzeugungen liegt eine gemeinsame Lebensanschauung zugrunde. Sie fußt auf dem Bekenntnis zur Freiheit und zum Humanismus, zum Rechtsstaat und zur sozialen Gerechtigkeit.

Für viele von uns ist aber der Sozialismus nicht nur Lebensauffassung, sondern auch Lebensinhalt.

Das bedeutet nicht, daß der demokratische Sozialismus den Menschen und jeden Menschen, der sich zu ihm bekennt, ganz für sich in Anspruch nehmen will. Der demokratische Sozialismus ist kein Kirchenersatz und keine Weltanschauung, er verpflichtet seine Anhänger zu keinem bestimmten religiösen oder philosophischen Bekenntnis.

Was die Stellung zur Religion und zur Kirche angeht, so halten wir es mit dem Görtitzer und Heidelberger Programm: „Religion ist Privatsache, Sache innerer Überzeugung, nicht Parteisache, nicht Staatssache.“ Eben daraus folgern wir, daß Staat und Kirche voneinander getrennt sein sollten.

Wir fördern Glaubens- und Gewissensfreiheit für alle. Wir brauchen Toleranz, wenn wir demokratisch miteinander leben wollen. Wir brauchen sie ganz besonders in unserem konfessionell zerklüfteten Volk. Toleranz ist das Gegenteil von Vorrechten. Sie kann aber keinen Freibrief für politische Geschäftemacher bedeuten, und zwar auch dann nicht, wenn es die Religion ist, mit der man Geschäfte machen will.

Grundsatzfragen verdienen ernstgenommen zu werden. Sie sind für uns keine Angelegenheit der Taktik. Sie erfüllen uns auch nicht mit irgendeinem Bangen vor dem, was als Endergebnis herauskommen mag, wenn wir mit entschlossenem Realismus ans Werk gehen. Wer von unseren grundsätzlichen Debatten eine Schwächung der deutschen Sozialdemokratie erhofft, wird enttäuscht werden. Sie wird durch diese Debatten an innerer Lebendigkeit und äußerer Schlagkraft gewinnen. Und sie wird stark genug sein, innerhalb des großen Rahmens gemeinsamer Überzeugungen eine Vielfalt von Schattierungen und Nuancierungen beherbergen zu können. Wir werden uns nicht voneinander trennen, weil der eine seine Zugehörigkeit zur Bewegung des demokratischen Sozialismus nicht ganz genau so begründet wie der andere. Wir werden zusammenstehen und in nie erlahmender geistiger Auseinandersetzung miteinander arbeiten.

Die beste Theorie aber bleibt ein toter Buchstabe, wenn ihr nicht durch persönlichen Einsatz zur Wirksamkeit verholfen wird. Auf das Wollen, auf den mit Wissen gepaarten Willen kommt es letzten Endes an. Auf den kompromißlosen Willen zur Verteidigung der Freiheit, auf die harte Entschlossenheit, die Demokratie aufzubauen und zu sichern, der sozialen Gerechtigkeit und dem sozialistischen Aufbau zum Durchbruch zu verhelfen. Die Idee des demokratischen Sozialismus wird nur dann zur sieghaften Idee, wenn sie in immer stärkerem Maße zur Sache des ganzen Volkes wird und wenn sie von den Besten, den Einsichtigsten und den Mutigsten umgesetzt wird in die Tat.

## Bücher, die man lesen sollte

### **Rudolf Wissell — Ein Leben für soziale Gerechtigkeit**

Herausgegeben von Otto Bach

Ein Buch über den Menschen und Politiker Rudolf Wissell anlässlich seines 80jährigen Geburtstag. Eine umfassende Würdigung des verdienstvollen Mannes als Wirtschaftler, Sozialpolitiker, Staatsmann und Historiker des Handwerks unter Mitarbeit von Otto Bach, Adolf Dünnebacke, Paul Löbe und Walther G. Oschilewski.

14,8 x 21 cm 100 Seiten brosch. DM 1,80

### **Hugo Heimann: Vom tätigen Leben**

Eine schlichte Selbstdarstellung des verdienstvollen Sozial- und Kulturpolitikers und ersten sozialdemokratischen Ehrenbürgers von Groß-Berlin, der als langjähriger Stadt-, Landtags- und Reichstagsabgeordneter an den entscheidenden Stellen des öffentlichen Lebens gewirkt hat — aufschlußreich für die Geschichte des Parlamentarismus und der Demokratie im wilhelminischen und vorhitterschen Deutschland. Mit einem Vorwort von Walther G. Oschilewski.

14,8 x 21cm 40 Seiten brosch. DM 1,—

Demnächst erscheinen!

### **Arno Scholz: Bumerang Berlin**

Der vorliegende Band ist seinem Charakter nach eine Fortsetzung des weitverbreiteten Buches „Politik am Kreuzweg“. Er sammelt die Leitartikel des bekannten Journalisten, die vom Januar 1949 bis März 1949 im „Telegraf“ erschienen sind. Sie zeigen vor allem Berlin als das Kraftfeld ungeheurer politischer Energien, die ganz Deutschland in seinem Kampf um eine echte Demokratisierung nicht entbehren kann. Unter dem unmittelbaren Eindruck der weltbewegenden Ereignisse geschrieben, geben sie ein eindrucksvolles Bild der Zerstörung der Berliner Verwaltung durch die sowjethörigen Kommunisten, der Währungs- und der un menschlichen Blockade bis zur verfassungsmäßigen Begründung des westdeutschen Staates. Die Beiträge sind das überzeugende Beispiel einer verantwortungsbewußten Publizistik, die in dieser Form nicht wenig zur freien Meinungsäußerung vieler Deutscher beigetragen hat. Das Buch wird auch späteren Generationen Wesentliches über die wirklichen Notstände und politischen Auseinandersetzungen der heutigen Zeit aussagen können.

14,8 x 21 cm etwa 168 Seiten kart. etwa DM 2,80

### **Paul Löbe: Erinnerungen eines Reichstagspräsidenten**

Paul Löbe, eine der ausgeprägtesten Persönlichkeiten der Weimarer Republik und des Deutschlands nach der Hitleryanndeel, schildert den Aufstieg eines Arbeiterjungen zum Politiker und Präsidenten der höchsten parlamentarischen Körperschaft. Sein Erinnerungsbuch, aus dem die vorbildliche Schlichtheit und Güte eines Mannes spricht, der mehr ist, als er scheinen will, ist in seiner anschaulichen, anekdotenhaften und unzählige Einzelheiten des geschichtlichen Lebens profillreich beleuchtenden Erzählweise zugleich ein bedeutsamer Beitrag zur inneren und äußeren Geschichte der jungen Demokratie vor 1933.

12 x 18 cm etwa 150 S. m. 8 Bildtafeln Pappband m. farb. Schutzumschlag etwa DM 4,80

**arani**

Verlags-GmbH · Berlin-Grünwald, Bismarckplatz · Telefon: 97 70 21